"London will die Gemeinschaft retten: Wie eine Idee verfälscht wurde" in Le Soir (26. Juni 1985)

Legende: Am 26. Juni 1985, am Tag vor dem Rat der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft in Mailand, erläutert die belgische Tageszeitung Le Soir die Bedeutung des Gipfels und geht besonders auf die Haltung Großbritanniens zu einer Europäischen Union ein.

Quelle: Le Soir. 26.06.1985, n° 148; 99e année. Bruxelles. "Londres veut sauver la Communauté: histoire de la corruption d'une idée", auteur:De Waersegger, Serge , p. 20.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:
http://www.cvce.eu/obj/london_will_die_gemeinschaft_retten_wie_eine_idee_verfalscht_wurde_in_le_soir_26_juni_1985-de-9753dc2e-9db0-4b31-8bc4-945327f551da.html

Publication date: 05/07/2016

London will die Gemeinschaft retten: Wie eine Idee verfälscht wurde

Während der Zusammenkunft der Staats- und Regierungschefs in Mailand am kommenden Freitag und Samstag wird die Europäische Union das zentrale Thema sein. Die Union verstärkt das Gefüge der europäischen Institutionen und erhöht damit den Stellenwert des Supranationalismus (vgl. unsere früheren Ausgaben). Dies findet Anklang bei denen, die in einer sich verstärkenden europäischen Einigung keine *capitis diminutio*(*) für ihr Land sehen, sondern im Gegenteil einen Zugewinn an Macht und Kapazität nach außen. Zudem sehen kleinere Länder wie Belgien damit gewährleistet, dass „die Großen“ „den Kleinen“ nicht ihren Willen aufzwingen können und dass das Gemeinwohl sich durchsetzt.

Dänemark hingegen begreift die EWG lediglich in ihren wirtschaftlichen Aspekten und befürchtet, in einer politisch stärkeren Gemeinschaft seine Identität zu verlieren, die eher skandinavisch geprägt ist, während das Europa der Zehn mehr von romanischen Ursprüngen gekennzeichnet ist. Griechenland seinerseits hegt Misstrauen gegenüber dem Beitritt von Staaten, die seiner Meinung nach den spezifisch griechischen Anliegen gegenüber wenig aufgeschlossen sind. Damit hätte Griechenland also größere Schwierigkeiten, seine Interessen zur Geltung zu bringen. Somit ist die Europäische Union für diese beiden Staaten ein eher beunruhigendes „Etwas“, dem man mit starker Ablehnung begegnet.

Die Position Großbritanniens

Die effizientere Gestaltung der Europäischen Gemeinschaft durch die Ausweitung ihrer Anwendungsbereiche beispielsweise auf die verstärkte Koordinierung der Außenpolitik oder auch die Sicherheit und die Verteidigung sind Themen, denen die Regierung von Margaret Thatcher durchaus Geschmack abgewinnen kann. Hingegen lassen Jahrhunderte der Inseldiplomatie das Vereinigte Königreich allergisch auf die Bildung eines fest organisierten politischen Zusammenschlusses auf dem Kontinent reagieren. Somit sucht Großbritannien ganz natürlich nach einem Weg, wie es die konkreten Ergebnisse der Gemeinschaft für sich nutzen kann – etwa den verstärkten Binnenmarkt und die europäische Technologieförderung –, ohne jedoch dafür die Stärkung der Institutionen oder des supranationalen Charakters in Kauf zu nehmen, die ihr Unbehagen bereitet. Ein solcher Weg musste außerdem eingeschlagen werden, um eine kurz vor dem Gipfel in Fontainebleau im vergangenen Jahr geäußerte Drohung abzuwenden, mit der London im Streit um seinen Haushaltsbeitrag zum Einlenken bewegt werden sollte: die Entwicklung eines Europas der zwei Geschwindigkeiten im institutionellen Bereich, wodurch die politischen Bindungen zwischen den Gründungsmitgliedern des Gemeinsamen Marktes und unter Umständen Irland verstärkt würden.

Diskretion

In Fontainebleau, wo sich die Briten in der Frage ihres Hauhaltsbeitrags endlich durchsetzen konnten, wäre es ihnen indes schwer gefallen, sofort ein neues Gefecht in puncto Institutionen zu eröffnen. Somit wurde das zukünftige Europa in Fontainebleau in supranationalen Farben gemalt.

Kurz zuvor hatte das Europäische Parlament auf Initiative von Altiero Spirelli den Zehn einen Vertragsentwurf zur Europäischen Union vorgelegt. Davon angeregt, rief man einen Sonderausschuss ins Leben, der mit der Reform der Institutionen befasst wurde.

Er trug den Namen „Spaak II“ nach jenem belgischen Staatsmann, der auf der Konferenz in Messina eine herausragende Rolle bei der dort beschlossenen Gründung der EWG gespielt hatte. Das Konzept war klar: Man steuerte auf einen Übervertrag zu, der eine allumfassende Zusammenstellung zur europäischen Einigung enthalten sollte. Großbritannien nahm an dieser Arbeit teil und stellte dabei auch eine positive Haltung zur Schau, betonte jedoch nachdrücklich, dass London erstens niemals eine Beschneidung der Regierungsgewalt und der Befugnisse des Parlaments akzeptieren würde, und zweitens, dass die Ausarbeitung eines neuen Vertrags ein langwieriges und komplexes Unterfangen sei, mit dem in Großbritannien auch eine erneute Auseinandersetzung zwischen Befürwortern und Gegnern des

Gemeinsamen Marktes drohe.

Auf dem Gipfel in Dublin im Dezember 1984 behandelte Margaret Thatcher den Spaak II-Ausschuss mit betonter Gleichgültigkeit, und letzten März wurden dessen Arbeitsergebnisse im Eiltempo unter der Hand geprüft.

Unschlüssigkeit in Deutschland

Dann ergab sich ein neuer Aspekt: die deutsche Unschlüssigkeit. Mehrere Faktoren waren dafür ausschlaggebend: die Wesenszüge von Kanzler Helmut Kohl, die in der BRD anstehenden Wahlen, die Konkurrenz zwischen der CDU und den Liberalen (Außenminister Hans-Dietrich Genscher trat als Musterbeispiel für einen Verfechter der Europäischen Union auf), die in Teilen der deutschen Wirtschaft bestehende Vorliebe für eine Freihandelszone anstelle einer straff strukturierten europäischen Gemeinschaft, die Anziehungskraft Amerikas ... All dies stellte die traditionelle Europapolitik Deutschlands in Frage. Das zeigte sich in den proamerikanischen Gefühlsregungen von Kanzler Kohl. Das wurde während des Gipfels der Industriestaaten in Bonn deutlich, aber auch durch die Zurückhaltung Bonns, sich in europäischen Hochtechnologieprojekte zu engagieren, dies in deutlichem Kontrast zu der höchst eifrigen Zustimmung zu den amerikanischen Plänen bezüglich des „Kriegs der Sterne“ (SDI-Strategic Defense Initiative). Erst nachdem eine deutsche Delegation aus den USA mit negativen Ergebnissen über die Aussichten einer Teilnahme am SDI zurückkehrte, stellte sich die deutsche Regierung schließlich in der vergangenen Woche vorbehaltlos hinter das *Eurêka*-Projekt. Außerdem kritisierte Deutschland zwar das Vetorecht als hinderlich für Fortgang der EWG, zögerte jedoch nicht, auf das Vetorecht zurückzugreifen, um sich einer geringfügigen Herabsetzung des Getreidepreises zu widersetzen.

Diese Haltung beeinträchtigte die Achse Paris-Bonn, auf der die in Fontainebleau eingeleiteten Initiativen für den Ausbau der europäischen Institutionen fußten. Folglich legte die französische Regierung den Rückwärtsgang ein: „Wir können uns eventuell London in der Frage der Institutionen widersetzen, aber nicht gleichzeitig London und Bonn.“ Dies erklärt wahrscheinlich, dass das europäische Technologievorhaben *Eurêka* von Frankreich außerhalb des Rahmens der Europäischen Gemeinschaft konzipiert wurde.

Angesichts der ausgesprochen ablehnenden Haltungen von Griechenland und Dänemark, der Wankelmütigkeit Deutschlands und der Skepsis Frankreichs bot sich London die Gelegenheit, einen Alternativplan zu lancieren und sich damit zum Retter der Europäischen Union aufzuwerfen, dabei jedoch jeden London so unangenehmen institutionellen Ausbau auszumerzen. Sir Geoffrey Howe trug in Stresa folgende Punkte vor: Beibehaltung des Vetorechts, allerdings in normativer Festschreibung, um Auswüchse zu vermeiden; Aufwertung der Rolle der bestehenden Institutionen; Ausbau der politischen Zusammenarbeit mit Schaffung eines kleinen politischen Sekretariats; engere Einbindung des Europäischen Parlaments in die Politik und die Entscheidungen der Gemeinschaft.

Alle diese Punkte könnten ohne einen neuen Vertrag umgesetzt werden.
Damit schwindet in starkem Maße die Aussicht auf einen Vertrag über die Europäische Union.

SERGE de WAERSEGGER

(*) Verringerung der Macht, Beschränkung der Rechte des einzelnen Bürgers